

Haushaltsrede der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Just,
sehr geehrter Herr 1. Bürgermeister Buske,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Oberbürgermeister, Sie fragten in Ihrer Haushaltsrede:
Wo stehen wir heute?

Ich gestatte mir, Ihnen darauf eine sicher ungenügende Antwort zu
geben und beziehe damit nicht nur die finanzielle Lage unserer
Stadt ein.

Einfach deshalb, weil die sogenannte „Großpolitische Wetterlage“
auch unmittelbar Einfluss hat, auf die Lage der Stadt Weinheim,
wie auch auf jede andere Kommune.

Es bleibt ohne Pathos festzustellen, wir stecken in der schwersten
Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik:

- längste Rezession
- Produktionsschwund seit 2018
- geringes Produktivitätswachstum
- und letzter im Wachstum unter den großen Volkswirtschaften.

Unser Gesellschaftsmodell droht uns zwischen den Fingern zu zerrinnen.

Um den Präsidenten der Deutschen Industrie zu zitieren:
„Die Stimmung in den Unternehmen ist extrem negativ, um nicht zu sagen, teils regelrecht aggressiv“.

Wir haben unsere Wirtschaft mit bürokratischen Vorgaben lahmgelegt und hofften, dass der Rest der Welt nachzieht, während er davonzog.

Wir haben Verbrenner-Motoren freiwillig zum Teufelswerk erklärt und unsere Autoindustrie in einen Überlebenskampf getrieben.

All dies in dem Wissen, wenn von 48 Millionen Pkw's mit Verbrenner zugelassen, 90 % elektrisch fahren würden, reicht der verfügbare Strom nicht aus.

Die Folge wäre: Ladestrom müsste rationiert werden, oder Aufladung nur, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Dies ist nur ein Beispiel, wenn Politik Ideologie betrieben geführt wird.

Dies alles in einer Welt, wo sogar Japan neue Atomkraftwerke baut und damit die Energieversorgung von Industrie und Bevölkerung sichert.

Was hier fehlt ist mehr Technologie-Offenheit und mehr an Flexibilität.

Dies wären die richtigen Schritte.

Die Stimmung passt zum Bild eines Landes, das seit langer Zeit niemanden mehr etwas abverlangen mag.

In Deutschland hat sich ein Hyperindividualismus breitgemacht, der für die Gesellschaft als Ganzes toxisch ist.

Jeder macht seins, niemand wird mehr zu etwas gezwungen, alle werden in Watte gepackt.

Pflichten gibt es nur noch, wenn es um die Steuererklärung oder um gesetzlich vorgeschriebene Berichte von Unternehmen zu allen möglichen sinnvollen und sinnlosen Themen geht.

Mit einem Wort: wenn es um das Gemeinwohl geht, scheut sich der Staat, seinen ihn tragenden Bürgern auch nur die kleinste Störung ihrer Bequemlichkeit zuzumuten.

Das Grundgesetz verpflichtet uns alle zur gemeinsamen Sache - zur per publica.

Auf Vertrauen zwischen Staat und Gesellschaft.

Dieses Vertrauen ist ins Wanken geraten.

Vertrauen ist hierbei kein Gefühl, sondern eine Haltung, die Politik des Machbaren vor Ankündigung stellt.

Zur Ehrlichkeit gehört auch die Aussage der CDU-Fraktion, dass wir neue Gewerbeflächen in Weinheim benötigen, weil attraktive Standortbedingungen essenziell für unsere Stadt sind, um die Einnahmesituation gravierend zu verbessern.

Dies betrifft die Gewerbesteuer als auch die Einkommensteuerbeiträge.

Der Flächenbedarf, den die IHK Mannheim ermittelt hat, bis zum Jahr 2035 rund 500 Hektar, besteht nach wie vor.

Auch wir in Weinheim brauchen verlässliche Handlungsspielräume sowohl in der Wohnbaupolitik als auch im Flächenbedarf für das Gewerbe.

Sogenannte Infrastrukturprojekte müssen rechtssicher planbar sein und dürfen nicht an Partikularinteressen und Gruppeninteressen scheitern.

Davon ausgehend, dass nur mit realistischen Rahmenbedingungen neuer Wohnraum entstehen kann, ist von Seiten der Verwaltung zu prüfen, inwieweit erweiterte Vorkaufsrechte oder Baugebote im Bereich Innenentwicklung möglich sind und auch im Außenbereich bedarfsgerecht geplant und entwickelt werden kann.

Ja, es wird hierbei auch Zielkonflikte zwischen Klima-, Bodenschutz und Flächenbedarf geben, aber diese müssen gelöst werden, nach Möglichkeit ohne Inanspruchnahme von Gerichten.

Und noch einmal: Zahlen lügen nicht.

Die Entwicklung im Wohnungsbau im Baugebiet Allmendäcker verläuft im Gegensatz zum ehemaligen GRN-Areal äußerst unbefriedigend.

Und zur Erinnerung: Es war niemals angedacht, diese Wohnbebauung als langfristig zu betrachten. Im Gegenteil, dieses Haus hat mit großer Mehrheit darauf gedrungen, zügig den Bebauungsplan zu entwickeln, erschließen, um damit zeitnah Wohnungen in dieser extremen Ausnahmesituation zur Verfügung zu stellen.

Ebenfalls sind die Einnahmen, es handelt sich hierbei ausschließlich um städtische Grundstücke, als alternativlos für den städtischen Haushalt zu betrachten.

Was bedeuten diese „Bad News“ für unseren städtischen Haushalt?

Auch in diesem Jahr wieder einmal, kein positives Ergebnis.

Bei einem Volumen von circa 166 Millionen Euro schließt der Ergebnishaushalt mit einem Minus von etwa 10 Millionen Euro ab.

Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt ist so, wie bei vielen anderen Kommunen, in eine dramatische Schieflage geraten.

Auch die Erfüllung der Pflichtaufgaben ist kaum mehr möglich.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass die strukturellen Probleme unübersehbar sind.

Hier geht es mittlerweile darum, einer Fehlentwicklung, hervorgerufen durch immer neue bundes- und landespolitische Leistungsversprechen, ohne vollständige Gegenfinanzierung, entgegenzuwirken.

Fazit hierbei kann nur sein: staatliche Aufgaben können Kommunen, so auch Weinheim, in dieser Form nicht mehr finanzieren.

Hier sind Bund und Land gefordert, strukturelle Anpassungen an Aufgaben und Standards vorzunehmen.

Um es einmal ganz klar und deutlich zu sagen:

Rechtsansprüche, welche nicht voll finanziert werden, sind kein Fortschritt, sondern Vertrauensbruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Wenn wir jetzt im städtischen Haushalt darauf reagieren müssen, kann ich nur nochmals betonen, dass wir dies alles andere als gern tun.

Aber ein Nichtstun würde unseren Haushalt gefährden, wäre Realitätsverweigerung und politische Ahnungslosigkeit.

Die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushalts beruht vor allem darauf, dass wir mit Rücklagen von circa 46 Millionen Euro gut aufgestellt sind.

Rücklagen die aus den guten Jahren mit Gewerbesteueraufkommen resultieren und den ebenfalls guten Jahren mit Mitteln aus den Anteilen der Einkommensteuer.

Den größten Posten im Haushalt nimmt hierbei der Aufwand für die Transferaufgaben ein.

Allein dafür sind circa 82 Millionen Euro verplant.

Hinsichtlich der außerordentlichen Erträge aus der Verwertung von Grundstücken im Gebiet Allmendäcker verweisen wir nochmals darauf, dass diese Einnahmen dringend benötigt werden. Zumal nicht nur diese finanziellen Zuflüsse erforderlich sind, sondern ebenfalls Erlöse aus anderen Grundstücksverkäufen.

Es sei hier genannt zum Beispiel die Albert-Schweitzer-Schule. Ebenfalls ist die Verwaltung aufgefordert, unrentablen Grundbesitz zu veräußern. Die entsprechenden Gebäude sind zu identifizieren, zum Beispiel Mannheimer Straße 22 und 24, und benötigen auch deshalb keinen Gebäudezustandsbericht.

Wir müssen unseren Immobilienbestand an unsere finanziellen Möglichkeiten anpassen.

Zumal auch bei der Gebäudeunterhaltung Einsparungen von 1,9 Millionen Euro im Plan 2026 vorgesehen sind, und hier nochmals die Frage aufwerfen, ob 800.000,00 Euro für den Gebäudezustandsbericht gerechtfertigt sind, wenn die nötigen Mittel zur Umsetzung dieses Programms noch nicht einmal in Reichweite sind.

Dass die Verschuldung der Stadt abnimmt, ist erfreulich, und mit etwa 1,7 Millionen Euro auf den Weg führt, den wir für angemessen halten. Voraussichtlicher Schuldenstand 2026 circa 20,8 Millionen Euro.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Gewerbesteuer nach wie vor zu der größten Einnahmequelle zählt, dann müssen wir alles tun, um diese Steuer nicht schlecht zu reden und somit Firmen und Arbeitsplätze in unserer Stadt nicht zu gefährden. Wir benötigen diese circa 46 Millionen Euro dringend für einen genehmigungsfähigen Haushalt.

Eine Erhöhung dieser Steuer lehnen wir ab. Sie würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und des Gewerbes massiv benachteiligen und unserer unbefriedigenden Situation, betreffend geeigneter Gewerbeflächen, einen weiteren Nachteil hinzufügen.

Wenn bei den Erträgen aus Gewerbesteuer mit einer jährlichen Steigerung von 1 Million Euro geplant wird, können wir dem Kämmerer nur großen Optimismus bescheinigen und hoffen, dass seine Aussagen Wirklichkeit werden.

Wenn wir dann im Haushaltsjahr 2026 ohne neue Kreditaufnahmen auskommen, und die Pro-Kopf-Verschuldung auf 454,00 Euro sinkt, sind das wahrscheinlich die positiven Nachrichten aus den Berichten des Oberbürgermeisters und des Kämmerers.

Wir alle werden den Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen, was nicht mehr geht.

Wir müssen das sagen, weil es zur finanziellen Ehrlichkeit und politischen Klarheit gehört.

Wir stehen an einem Wendepunkt, um unsere Stadt als tragfähiges Gemeinwesen langfristig zu bewahren.

Wenn wir wie bisher weitermachen, wird es uns aus den Händen gleiten.

Nein, auch wir wollen als Kommunalpolitiker diese Sparmaßnahmen, diesen Verzicht, nicht beschließen.

Wir werden uns den bisher vorgeschlagenen Sparzwängen anschließen müssen, da sie vertretbar „einen zumutbaren Bremsweg“ bedeuten und unseres Erachtens sozial verträglich sind.

Wir wissen nicht, ob sie ausreichend sein werden. Die nächste Stufe, die unseres Erachtens vermieden werden sollte, wäre zum Beispiel eine Haushaltsteilsperre bei Sachaufwendungen oder bestimmte Vorhaben unter Sperrvermerk zu stellen.

Dazu gehören ebenfalls Überlegungen und die Frage, ob eine Stadt wie Weinheim vier Badeeinrichtungen für maximal 4 bis 5 Monate im Jahr vorhalten und betreiben muss und wie Öffnungszeiten bestimmter städtischer Einrichtungen beschränkt werden sollten.

Und vor allem die Mahnung an unsere Bundestags- und Landtagsabgeordneten:

Politik darf nur das versprechen, was sich vor Ort umsetzen lässt.

Wir benötigen für unsere Investitionen in den nächsten zwei Jahren circa 51 Millionen Euro.

Das bedeutet Kassenkredite und eine erneute Schieflage bei der Haushaltsgenehmigung.

Wenn wir hier für 2026 Investitionen von 20,4 Millionen Euro einplanen, und 2027 sogar 27 Millionen Euro, ist dies ein gewaltiger Brocken den wir mittragen, weil dies keine konsumtiven Ausgaben sind.

Betreffend der Personalkosten führt der Weg, hier nur 2,62 zusätzliche Stellen in den Stellenplan 2026 aufzunehmen, in die richtige Richtung, verlangt aber zusätzlich eine Streichliste der Leistungspalette der Stadt Weinheim.

Es ist hierbei außerdem zu prüfen, inwieweit Zeitverträge auslaufen, das heißt nicht verlängert werden sollten. Dies betrifft vor allem Stellen, die aufgrund temporärer Ereignisse, wie zum Beispiel Heimattage, besetzt werden mussten.

Herr Oberbürgermeister - gestatten Sie mir ein paar persönliche Worte.

Sie sind am 3. Februar 2026 zum Landrat gewählt worden. Dazu gratulieren wir Ihnen herzlich, wünschen Ihnen viel Fortuna, eine glückliche Hand und vor allem, dass Sie mit Ihrem Herzen Weinheim verbunden bleiben.

Wir danken Ihnen für die allseits gute Zusammenarbeit und für Ihren mannigfaltigen Einsatz und Engagement für unsere Stadt.

Die Ära Just wird uns immer in guter Erinnerung bleiben.

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

lassen Sie uns gemeinsam in diesen sicher nicht leichten Zeiten,
pragmatisch und zielgerichtet zusammen arbeiten.

Noch haben wir Steuerungsmöglichkeiten, wir müssen Sie nur
gemeinsam angehen und umsetzen.

Wir dürfen den Vertrauensvorschuss, den uns die Bürgerinnen und
Bürger gegeben haben, nicht verspielen.

Und vielleicht ist es tröstlich zu hören, was der legendäre
Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel über Geld sagte:
„Es ist natürlich, dass Politiker lieber über die Politik sprechen, die
sie machen wollen, wenn wieder mehr Geld da ist, als über die
Politik, die gemacht werden müsste, weil kein Geld da ist“.
Zitat Ende.

Herr Oberbürgermeister, Herr 1. Bürgermeister,

ich danke Ihnen für das Miteinander und die zielgerichtete Zusammenarbeit.

Dank der CDU-Fraktion für die von der Verwaltung, insbesondere der durch die Kämmerei geleisteten Arbeiten, die täglich für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden.

Ich danke allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Vereinigungen, welche sich für die Allgemeinheit und/oder Nächsten in vielfältiger Art und Weise einsetzen.

Ich danke ebenfalls allen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses für die gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt, und wünsche uns allen eine unaufgeregte Haushaltsberatung.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2026 zu.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Weinheim, 25. Februar 2026



Holger Haring